Stefan Höffken, Stefan Netsch

An Europa arbeiten

Schwere Zeiten, große Herausforderungen

Europa ist – noch immer – eine Baustelle: Was nach dem Zweiten Weltkrieg als Friedensinitiative, ausgehend von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten, begonnen wurde, was zunächst zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dann zu einer Europäischen Gemeinschaft (EG) und schließlich zur Europäischen Union (EU) weiterentwickelt worden ist, steht heute vor massiven wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Problemen. In wenigen Monaten wird ein europäisches Kernland – Großbritannien – über seine weitere Mitgliedschaft in der EU abstimmen lassen. In Griechenland tritt die EU massiv als Regulator einer korrumpierten Volkswirtschaft auf, um ihre interne Wirtschaftsverfassung – und vor allem deren Nutznießer – zu retten. In Italien, Spanien und Portugal werden Banken und Staatshaushalte mit den Mitteln der Europäischen Zentralbank mühsam über Wasser gehalten, Irland hat sich nach massiven Stützungsmaßnahmen der EU gerade soweit aus der Krise gespart, dass es seine ökonomische Selbstbestimmung wiederzuerlangen in Aussicht nehmen kann. Vor den Toren Europas stehen gleichzeitig Hunderttausende, die vor Krieg, Hunger, Armut und Chancenlosigkeit fliehen und im europäischen Wirtschaftsraum Zuflucht, Auskommen und Überlebenschancen suchen.

Parallel treibt die globalisierte Konkurrenz den europäischen Wirtschaftsraum in massiven Anpassungsdruck, die Notwendigkeit der Intensivierung aller Wirtschaftsprozesse bestimmt die ökonomische Agenda der entwickelten west- und mitteleuropäischen Industriestaaten, während sich in den Beitrittsländern aus dem ost- und südosteuropäischen Raum gerade erst der Übergang zur modernen Industrieproduktion, der Tertiärisierungsprozess und die damit einhergehenden tief greifenden Umformungen der jeweiligen gesellschaftlichen Verfassungen durchsetzen. Der Prozess, aus einem geografisch zusammenhängenden Konglomerat selbstständiger Staaten auf dem europäischen Kontinent nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamen Marktregularien, sondern eine Union mit gemeinsamen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und einer „europäischen Identität" zu entwickeln, hat gerade erst begonnen – und steht bereits vor einer schweren Zerreißprobe.

Vor diesem Hintergrund mag es naiv anmuten, wenn sich die EU mit ihren planungsrelevanten Förderprogrammen und Entwicklungszielen auf eine Forcierung der „territorialen Kohäsion" zwischen den Mitgliedsländern und mit den assoziierten Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und auf den Austausch von Best-practice-Erfahrungen orientiert, statt mit allem Nachdruck eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der Zuwanderung, eine gemeinsame Antwort auf die mit dem Klimawandel einhergehenden Probleme und eine gemeinsame Politik zur Ertüchtigung des europäischen Wirtschaftsraumes zu propagieren. Angesichts der nach Europa strömenden Flüchtlingsmassen – und der nicht minder umfangreichen europäischen Binnenwanderung aus den unterentwickelten und den ländlichen Regionen in die hoch entwickelten Wirtschaftsräume und Metropolen – erweist sich die Europäische Union derzeit eher als hilflos, wenn es um eine „europäische" Vision für diesen Kontinent geht.

Der „europäische Geist", den alle beschwören, ist keine Frage einer gemeinsamen Währung, einer gemeinsamen „Verfassung" oder gemeinsamer Umweltschutzstandards oder Freizügigkeitsrechte – der europäische Geist entwickelt sich aus den gelebten Erfahrungen in einer nicht nur in ihrer Mobilität, ihren sozialen Beziehungen und ihrem wirtschaftlichen Austausch, sondern auch in ihren Kommunikationsprozessen „entgrenzten" europäischen Gesellschaft, die sich in den großen Städten rasch, in den weniger dicht besiedelten Zonen sehr viel langsamer einstellen werden. Während in den Parlamenten noch um nationale Befindlichkeiten gerungen wird, hat die „Abstimmung mit den Füßen" schon längst begonnen – und sie wird sich weiter beschleunigen, wie alle Szenarien des Wachstums der urbanen Agglomerationen zeigen. Das „Europa der Städte und Stadtregionen" verschafft sich im Zuge der unaufhaltsamen Urbanisierung weiter Raum und wird auch die einfältigen Versuche, das Europa der Nationen durch Zäune und Stacheldraht, grenzständiges Säbelrasseln und Kompensationsgeschäfte mit den „Schwellenländern" am Rande des Kontinents zu verteidigen, auf den „Misthaufen der Geschichte" befördern.

Vor dem Hintergrund eines sich zuspitzenden Krisenszenarios war die Phase der Deregulierung im ausgehenden 20. Jahrhundert ein gesellschaftspolitisches und ökonomisches Desaster, für das auch künftige Generationen noch lange werden einstehen müssen. Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Klimawandel, Pauperisierung breiter Schichten der Gesellschaft, Zuspitzung der Verteilungsungerechtigkeiten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, externe und interne Migration, generativer Strukturwandel, Mangel an Qualifizierung für komplexe Fertigungsprozesse und Steuerungsanforderungen – etwas entgegen setzen zu können, wird man „den Markt" neuerlich fesseln und seine Kräfte kanalisieren müssen – eine genuine Aufgabe gesellschaftspolitisch verantwortlicher Planung, auch der, die sich auf Räume, deren gesellschaftliche Nutzung, infrastrukturelle Ausstattung und soziale Aneignung richtet.

Europa ist ein Prozess – der ohne eine flankierende Planung scheitern muss. Der Berufsstand ist auf jeder Maßstabsebene „europäisch" gefordert: Auch wenn es oft so

scheinen mag, dass gerade „ räumliche Planung" vor allem auch eine räumliche Beschränktheit hat, ist im Kontext einer „territorialen Kohäsion" jede Planung, die kommunale, regionale oder Landesgrenzen berührt und überwindet, ein Beitrag zur Integration in der europäischen Union.

In diesem Heft werden einige Hinweise darauf gegeben, wie unser Berufsstand bereits heute von den Prozessen, die im europäischen Maßstab ablaufen, betroffen ist.

Mit einem Fokus auf deren wirtschaftlichen Folgen beschreibt **Martin Reents**, wie sich die gesamte EU Politik zunehmend an den Regeln der Marktwirtschaft orientiert. In einem hierzu anschließenden Artikel beschreibt **Jochen Hanisch** die Folgen der Deregulierung innerhalb der EU-Politik für die Raumplanung in Europa und hierzulande. Hieran anknüpfend werden Instrumente und laufende Maßnahmen auf europäischer Ebene beleuchtet. Da die zukünftige räumliche Organisation Europas (noch) stark durch nationale Sichtweisen geprägt ist, wurde das ESPON-Projekt ET2050 initiiert, das die europäische Raumstruktur detailliert und datenbasiert untersuchte. **Klaus Spiekermann** und **Michael Wegener** beschreiben die Ergebnisse und skizzieren die räumlichen Szenarien für Europa im Jahre 2050, die sich aus der Fortschreibung der raumbezogenen Daten ergeben.

Wie sich die Entwicklungen und Entscheidungen der EU-Kommission kurzfristig darstellen, wird im Artikel von **Daniel Zerweck** zu deren „Europa 2020-Strategie" deutlich. Neben einem klaren Fokus auf wirtschaftliche Themen werden ebenso Umweltaspekte, die CO_2-Reduktion, Kreislaufwirtschaft, sozialer und gesellschaftlicher Wandel hier in den Vordergrund gerückt. Die Chance zu einer höheren urbanen Qualität der Stadtentwicklung sieht **Tilman Buchholz** durch die neue Urban Agenda der EU im Rahmen des „Pact of Amsterdam". Ziel der Urban Agenda ist die Verstetigung der mitgliedsstaatlichen Kooperationen im Kontext der Stadtentwicklung. **Rolf G. Engels, Christian Huttenloher** und **Silke Weidner** führen in ihrem Artikel aus, wie sich die Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung durch die EU im aktuellen Programmzeitraum ausgestaltet. Hierbei werden die neuen Anforderungen und Strategien sowie inhaltliche Schwerpunktsetzungen dargestellt und ein Blick auf die unterschiedliche Handhabung der Förderinstrumente in den Bundesländern geworfen.

Die praktische Umsetzung der Förderziele der EU in Deutschland beschreiben **Denise Nelkert** und **Katja Veil** am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Durch eine Verknüpfung der drei europäischen Strukturfonds werden hier neue Wege der Quartiersentwicklung beschritten. Über Erkenntnisse des Interreg-Projekts „City Regions", in dem anhand verschiedener Pilotprojekte Möglichkeiten von stadtregionalen Kooperationsstrukturen in Mitteleuropa untersucht wurden, berichten **Martin Reents** und **Peggy Sacher**. **Franziska Sielker** beschreibt neuere Kooperationsformen im Kontext europäischer territorialer Zusammenarbeit wie Makroregionen und Europäische Verbünde für territoriale Zusammenarbeit. Anhand der Beispiele Rhein-Alpen-Korridor und Donauraumstrategie skizziert sie, welche Konsequenzen für die Raumentwicklung abzuleiten sind und welche planerischen Wechselwirkungen hieraus resultieren.

Um über den deutschen Blickwinkel hinaus das europäische Projekt zu betrachten, schließt sich die internationale Perspektive mit Artikeln über die aktuelle Situation und die Entwicklung in den Niederlanden und Großbritannien an. **Peter Ache** stellt dabei die Konzeption des zukünftigen Raumordnungsprogramms der Niederlande vor, welches dort im letzten Jahr intensiv diskutiert wurde. **Robin Ganser** und **Marten Runge** lenken den Blick nach Großbritannien und zeigen das Spannungsfeld und die Problematik der steigenden Selbstbestimmung der Bürger auf. **Petra Potz** nimmt eine aktuelle Zustandsbeschreibung der Disziplin mit Blick auf Europa vor. Zwischen unterschiedlichen planungshistorischen Epochen und verschiedenen Planungssystemen und -politiken wird die zukünftige Rolle der Disziplin hinterfragt und die Chance der Urban Agenda der EU beschrieben.

Da das europäische Projekt „Planung" auch durch eine Reihe von Institutionen mitgeprägt wird, werden einige von diesen in einem abschließenden Komplex von Artikeln dargestellt. So berichtet **Michael Stein** über die Aktivitäten des European Council of Spatial Planners (ECTP-CEU), **Iris Wex** über die Tätigkeit der Bundesarchitektenkammer auf der europäischen Ebene, **Detlef Kurth** über die Arbeit und Projekte von AESOP (Association of European Planning Schools) und **Brigitte Schmelzer** über Projekte und Ziele der International Society of City and Regional Planners (ISOCARP) und deren letztjährige Konferenz.

Die europäische Dimension der Planung ist vielfältig und im wahrsten Sinne „umfassend". Es ist bemerkenswert, dass deutsche Planungskultur in Europa weithin als Maßstab einer sozial verantwortlichen Planung gilt und Planungsverfahren, Partizipationsstrategien und das differenzierte deutsche Planungsrecht als Blaupause für die Annäherung der Beitrittsstaaten an eine europäische Integration der räumlichen Planung in Theorie und Praxis gelten. Dem steht jedoch entgegen, dass deutsche Planerinnen und Planer in den Foren des europäischen Wissensaustausches oft wenig vertreten sind und häufig vermisst werden.

Die anstehende Fortschreibung der Leipzig-Charta kann ein wirksamer Beitrag zur Förderung des europäischen Geistes auch im eigenen Land sein. 2016 ist zudem das Jahr der Habitat-III-Konferenz, die weltumspannend den Status der Siedlungsentwicklung auf dem Planeten kritisch hinterfragt und Anforderungen an die zukünftigen Inhalte, Ziele und Strategien der Siedlungsentwicklung formulieren wird. Europa wird dort mit einer Urban Agenda vertreten sein, die den Prozess der Urbanisierung In Europa als Chance und als Herausforderung charakterisiert. Diese Chancen zu nutzen und diese Herausforderungen zu meistern ist „unser Job": Europa beginnt – nicht erst seit Neuestem – vor der eigenen Haustür.

Besonderer Dank gilt – neben den Autoren – auch dem Europaauschuss für die Untersützung bei der Konzeption des Heftes sowie Andreas Kaufmann und Tobias Preising, die bei der Autorensuche aktiv waren.

Stefan Höffken, Dr.-Ing. Stadt- und Regionalplanung, SRL, Mitarbeiter Plan und Praxis, Berlin
Stefan Netsch, Dipl.-Ing., Stadtplaner, SRL, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Regionalplanung und Bauen im ländlichen Raum am KIT, Karlsruhe